

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

195 (16.7.1919) Erstes Blatt

Bezugspreis:
in Karlsruhe frei ins
Haus geliefert monat-
lich 1.00 M., viertel-
jährlich 5.70 M., an-
der Anschriftlichen ab-
geholt monatlich 1.50 M.
Auswärts durch
die Post frei ins
Haus gebracht vier-
teljährlich 6.50 M., Ein-
zelnummer 10 Pf.

Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen:
die Anzeigen-Preise
sind in der Rubrik
25 Pf. Reklame, 1 Pf.
an der Stelle 10 Pf.
Auf diese Preise
80% Zenerungsanlag.
Nachst nach Tarif.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
frühere Anzeigen
bis 4 Uhr nachmittags.
Verrechnungsschle:
Geschäftsstelle Nr. 203.
Karlsruhe Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Chefredakteur: Guitan Koppert; verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für Baden, Soziales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Carl Kellner; für Interale Paul Kuhnmann.
Druck und Verlag: C. B. Müller'sche Buch- und Verlagsdruckerei in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Dietrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Fernb.-Amt Ulband 2902. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. Nr. 195.

Mittwoch, den 16. Juli 1919

Erstes Blatt.

Aktive auswärtige Politik.

Mit dem Vertrag von Versailles hat England die Freiheit der Meere gesichert. Das Meer ist frei von deutschen Schiffen. Unsere Hochseeflotte ruht auf dem Meeresgrunde bei den Dardanellen. Mit unsern herrlichen Ozeandampfern schleppen Engländer und Amerikaner die Waren heran, ihren Schund an Stiefeln und Stoffen, den Kaffee und den Kakao, in dem sie erfinden, die Lebensmittelvorräte, die in den großen Heeresdepots schliefen zu werden drohen, die kondensierte Milch, während sie uns 150 000 Milchfüße wegnehmen. In den größeren Städten Deutschlands erscheinen Militärmissionen, um unsere Abrüstung zu kontrollieren und zu regeln. Die Zwietracht und den Partikularismus zu schüren, werden diplomatische Vertretungen in den einzelnen Bundesstaaten sich aufzu. Man braucht nur den Ton zu vergleichen, den die Entente und vor allem Frankreich der deutschen Republik oder dem Staat Liberia, selbst der Regierung Bela Kun gegenüber anschlägt, um zu sehen, wie es um uns steht.

Die unheimlichen Streiks der letzten Tage stehen mit dieser Situation in engem Zusammenhang. Wer die Arbeiterschaft kennt, weiß, daß sie für diese Demütigungen durchaus nicht gleichgültig ist. Sie hat das richtige Gefühl, von allen Ausgenutzten der kapitalistisch ausgefaugteste Klasse bei diesem Friedensschluß zu sein. Ihr Groll äußert sich nicht in Selbstverworfungen, sondern in Beschuldigungen und Angriffen gegen andere. Die Senkung der Lebensmittelpreise wird daran nicht viel ändern. Die ausländischen Lebensmittel, die nun zu uns hereinkommen werden, werden nicht schmecken, wenn dem Arbeiter auf dem weissen Brot ein täglicher Belag bitterer Demütigungen serviert wird.

Daß die Reichsregierung diesen psychischen Faktoren gegenüber in stumpfer Verblendungslosigkeit und Resignation verharret, daß sie von irgend einem internationalen Zauberfunkel und dem wirklich reichlich abgetunten Weltgewissen irgend ein rettendes Wunder ohne unser Zutun erwartet, darf uns bei ihrer Zusammenkunft kein Wunder nehmen. Um so eher erwacht der öffentlichen Meinung die Pflicht, sie zu den Entschlüssen hinzuführen, die bei ihr auf Grund eigener Überlegungen niemals zustande kommen würden.

Die Entente hat uns mit Schimpf und Schande von den Meeren verjagt. Sie zwingt uns, ihre teuren Rohstoffe und Lebensmittel plus den Frachtkosten zu kaufen, die sie mit den uns weggenommenen Schiffen erzielt. Von Besel bis Vesel harret ein menschlicher Drahtverhau französischer, englischer und amerikanischer Soldaten und speert das Land im Westen ab. Es bleibt uns nur noch der Osten.

Auch hier bemüht sich frampfhaft die Entente, einen tiefen Graben zwischen uns und den selbstbestimmenden Völkern, voran den Polen, zu ziehen. Immer wieder beschwört die Presse von Paris und London, hauptsächlich die „Times“, ihre Regierungen, in Rußland aktive Politik zu treiben, bevor das Schreckliche geschehen, Deutschland durch irgend einen glücklichen Zufall aus den Gedanken gekommen sei, daß man nach Rußland ebenso gut auszuwandern könne wie nach Argentinien, daß Rußland ebensogut Stiege und Pionieroffiziere brauche wie Japan und neuerdings China, und daß Deutschland, es wolle oder nicht, durch den Zwang der weltlichen Abzerrung dazu getrieben werde, die großen Landmassen im Osten gegen die verlorene Freiheit der Meere einzutauschen.

In lästiger Furcht vor dem Bolschewismus und seiner Gefahr für die sozialistische Parteiregierung geschieht nichts. Als ob der russische Bolschewismus nach einer zweijährigen Praxis nicht viel salonfähiger, gesellschaftsfähiger wäre, als unser durch keinerlei Regierungszwang und -not angefränkter Kommunismus; als ob der lächerliche Kleinmut berechtigt wäre, ein Zusammenstoß müsse unbedingt uns die Kleptomania Asiatika bringen. Es könnte aber auch anders kommen: ein Massenauström Deutscher nach Rußland könnte den Bolschewismus dort erst domestizieren und dann allmählich überwinden.

Mit zwei Taktiken müßte allerdings unsere auswärtige Politik rechnen. Einmal wird der Rang von Kandidaten wieder von Großrußland ausgehen werden; schon die liberalen russischen Politiker der sogenannten russischen Pariser Konferenz rechnen mit dieser Entwicklung und verlangen für Rußland, nicht Zentralrußland oder die Ukraine, sondern ganz einfach für Rußland das Protektorat über den Bosphorus und die Dardanellen. Zu diesen Kandidaten darf man mit richtigem Gewissen in einigen Jahren auch das finanziell, militärisch und moralisch künftlich ausgeblutete Polen rechnen. Zweitens aber dürfte unsere Politik nicht wieder darauf hinarbeiten und der Londoner Pressemache entsprechend auf ein konstitutionelles Rußland im westlichen Sinne wetten. Für Rußland paßt nur Lenin oder ein Czare und es hieße sehr schlecht die Geschichte und die Psychologie unzulieferter Massen kennen, wenn man die Wiederkehr eines Romanows in einigen Jahren ausschließen wollte.

Noch ist es Zeit. Die Entente muß Angst haben, daß ihr brutaler Kapitalismus durch ein Faktieren mit dem Sowjet-Rußland angegriffen und zerstört werden würde. Bei uns ist nicht mehr viel zu zersehen. Wir haben keinen Anlaß zu fürchten, daß wir Deutsche, noch russischer würden, wohl aber könnten wir den Russen etwas von unserer Aktivität, unserer (früheren und hoffentlich bald wiederkehrenden) Ausgeglichenheit, unserer geistigen Ruhe und unserem Fleiß abgeben. Ein Teil unserer Industrie, der jetzt systematisch von der Entente zugrunde gerichtet wird, könnte auf russischem Grund und Boden den Tag unserer Befreiung ermarren; das Verkehrsnetz, Rußlands wichtigste politisch-technische Problem, könnte in deutschen Händen wieder gefunden und vor allem, wichtiger als Dreadnoughts,

Kompromißliches.

H. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns gebrocht:

Dem Schulkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie haben nun auch die sozialdemokratische Fraktion und trotz des bisherigen scharfen Widerpruches des Kultusministers Häufig auch die preussische Regierung zugestimmt. Im einzelnen hat das Zentrum beträchtliche Zugeständnisse gemacht, die aber fast alle auf der demokratischen Linie liegen und die der Förderung weniger bemittelter Volksschichten auf ihrer Schulkarriere und überhaupt der gesamten Volksbildung dienen. Es wird also auch selbst daraus Vorteil ziehen. Dann allerdings hat es die Errichtung rein weltlicher Schulen, wenn der Willen der Eltern einer Gemeinde dahin geht und die Aufhebung des direkten Zwanges auf Lehrer und Schüler zum konfessionellen Religionsunterricht zugestanden.

Das ist ein Fortschritt zur Toleranz, der ausdrücklich begrüßt werden muß. Grundfährlich und wesentlich hat das Zentrum aber doch gestagt, denn die konfessionelle Schule bleibt. Es bleibt Religion als ein voll berechtigtes Unterrichtsgegenstand, und es bleiben die theologischen Fakultäten. Das Zentrum wird auf dieser Basis zweifellos seine Interessen weiter verfolgen können, wenn auch Ausgestaltungen von Intoleranz jetzt gewisse Regeln vorgeschrieben sind.

Gestern konnte denn also die zweite Lesung der Grundrechte der Verfassung fortgesetzt werden. Der Präsident hielt auch heute eine Mahnrede, und zwar in verärgelter Tone. Es nützte aber wieder nichts. Ueber die Tragweite der sogenannten Grundrechte und Pflichten der Deutschen, die in der Verfassung festgelegt werden sollten, konnte man sich gar nicht einigen. Sollen sie nur Richtlinien oder auch Schranken für die künftige Gesetzgebung bilden? Am günstigsten äußerte sich zu dieser Frage der demokratische Abgeordnete Dr. Luppe. Da aber alle anderen Parteien diesen Artikel 107 für bedenklich oder doch überflüssig erklärten, wurde er schließlich gestrichen.

Und dann hörte man wieder die schönsten und besten Schlägeln bei der Behandlung des nächsten Paragraphen, der das deutsche Volk auf dem Wege der alleinigen Entscheidung Gleichheit vorwärts bringen soll. Einmal sollen Männer und Frauen gleich sein und dann soll außer Titeln und Ehrenzeichen der Adel abgeschafft werden. Die Fassung des Ausschusses hat beide Forderungen grundfährlich erfüllt. Den sozialdemokratischen Parteien ging sie aber nicht weit genug, und deshalb wurde einige Stunden über dieses Thema hin und her geredet, deshalb mußte die Zeit mit einer namentlichen Abstimmung verstreut werden. Es war schon viel, daß man wenigstens ziemlich allgemein einig, daß auch die gleichberechtigten Frauen nicht zum Heeresdienste einbezogen und also auch nicht Offizier werden könnten. Auch die Sozialdemokraten sollten sich denn doch fragen, ob angeht die großen Erfolge der Frauenbewegung in letzter Zeit denn nun ein so forciertes Galopp angeschlagen werden muß. Wie vorauszuweisen, wurde wie in der Adelsfrage die Fassung des Ausschusses schließlich angenommen.

Einiges Aufsehen hatte es noch erregt, als der Abgeordnete Marek von der Deutschen Volkspartei im Gegenatz zu seinem Fraktionsführer Dr. Feinze sich ziemlich scharf gegen die bisherige Adelsmilitarität erging. Mehr durch seine vornehme Persönlichkeit als durch seine Worte verteidigte Graf Pofadowsky den echten Adel, der nicht nur ererbt, sondern auch erworben werden will. Und der süddeutsche Zentrumsmann Dr. Heim schloß die Debatte mit dem gewiß zutreffenden Hinweis, daß das deutsche Volk sich eigentlich soliderer Revolutionsfrüchte als solche „Kassadenänderungen“ erwartet habe.

In der folgenden Besprechung über die Erwerbung der Staatsangehörigkeit und den Schutz der fremdsprachigen Staatsbürger gibt der Unabhängige Cohn die absonderliche Auffassung zum Besten, daß außer Polen und Kasuben auch die Juden und Welken nationale Minderheiten seien. Bei dieser Gelegenheit erklärt der Reichsministerpräsident Bauer, daß die Regierung alles tun werde, um den jetzt im Osten abgetrennten Volksgenossen den Wiedererwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu erleichtern.

Der Schluß der Sitzung wurde durch einen Antrag der Unabhängigen bestritten, der Aufhebung der Sonderbestimmungen gegen die Prostitution fordert. Besonders die unabhängige Frau Zieg konnte sich in ausführlicher Begründung gar nicht genug tun trotz der wiederholten Schlußrufe von vielen Vätern. Wenn man noch

erwähnt, daß der Präsident heute sogar öffentlich daran erinnern mußte, die Nationalversammlung sei kein Rauchtheater, so fügt man dem nicht erfreulichen Bild nur einen kleinen charakteristischen Strich hinzu.

Bevorstehende Programmreden.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Weimar, 15. Juli. Die Programmreden des Ministerpräsidenten Bauer und des Ministers des Inneren Müller können nicht vor Dienstaue erwartet werden. Es wird sich dabei um keine arundischlichen Ausführungen handeln, da das Ministerium Bauer ja im allgemeinen feinerzeit das Programm Scheidemann ausdrücklich übernommen hat. Der Ministerpräsident wird aber eben gerade beurunden wollen, warum er von jenen Grundrätzen nicht abweicht und er wird außerdem jene Maßnahmen anführen, die zur Durchführung des Programms die nächsten sind. Die Vorlage über die Betriebsräte wird der Nationalversammlung in den nächsten Tagen ausgeben.

6. Weimar, 15. Juli. (Wolff.) Die große politische Ausdrache in mit Rücksicht auf den Geschäftsplan der Nationalversammlung auf Dienstaue den 22. Juli verschoben worden. Wie wir hören, hat der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Töpfer den Abchied angenommen. Die Vorlage über die Betriebsräte wird der Nationalversammlung in den nächsten Tagen ausgeben.

Die Anknüpfung der Völkerbeziehungen.

Regelung des Verkehrs zwischen dem besetzten und dem nichtbesetzten Gebiet.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 15. Juli. (Wolff.) Nach einsehenden Berechnungen in familiären Kreisen wird in den nächsten Tagen in Köln a. Rh. eine Zusammenkunft aller Präsidentschaftsbeamten und in Braue kommenden Sachverständigen stattfinden, um eine endgültige Regelung des Verkehrs zwischen dem besetzten und nichtbesetzten Gebiet herbeizuführen. An den Berechnungen werden Vertreter aller ausländischen Behörden teilnehmen. Als Kommissar des Vorsitzenden der deutschen Waffentillstandsmission ist von Weimar an den Berechnungen der Referent für Vorkaueanheiten der deutschen Waffentillstandsmission Dr. D ein entsandt worden.

England und Deutschland.

(Eigener Drahtbericht.)
5. Basel, 15. Juli. „Information“ meldet aus London: Die englische Regierung wird nach der Ratifizierung des Friedensvertrages durch das englische Parlament einen Gesandten nach Berlin schicken und die normalen diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen. Militär- oder Marineattachés werden dagegen nicht nach Berlin entsandt. Den Posten des Handelsattachés in Deutschland wird der frühere Handelsattaché im Haag Sir Owenheimer übernehmen.

Amsterdam, 15. Juli. „Nieuwe van den Dag“ meldet aus London, die britische Regierung habe Lizenzen ausgeben, durch die die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland und deutschen Untertanen wieder ermöglicht werde. Verschiedene Artikel dürfen nicht aus Deutschland nach England eingeführt werden.

Englische Niederlassungen im Memeler Gebiet.

(Eigener Drahtbericht.)
5. Rotterdam, 15. Juli. Das von Deutschland abgetrennte Memeler Gebiet wird Kreisbafensbezieht. Englische Grobhandelsbäufer und Schiffreedereien haben Landabiet im Kreise Memelerwerden lassen zur Anlage von Handelsbäuferniederlassungen.

Amerika und Deutschland.

(Eigener Drahtbericht.)
5. Rotterdam, 15. Juli. „Nework Herald“ berichtet, daß Amerika mehrere offizielle Handelsfachverständige und Finanzleute nach Deutschland schicken werde. Verschiedene Handelsattachés werden nach Berlin und München gehen, ferner amtlich beauftragte Handelsvertreter nach Dambura, Danzig und Köln. Die Post- und Telegrafendirektoren werden aeen Deutschland fallen lassen.

Die Ernährung der Kinder Europas.

(Eigener Drahtbericht.)
5. Amsterdam, 15. Juli. Wie das Pressebüro Radio aus Nework meldet, wurde die Bildung einer Ozeanisation aueds Ernährung der Kinder in Europa gebildet, die das von der amerikanischen Vorkaueanisation beaonnene Werk in Europa fortsetzt.

Deutschlands auswärtige Geschäftsträger.

(Eigener Drahtbericht.)
5. Weimar, 15. Juli. Wie ich höre, besteht die Absicht, möglichst bald Geschäftsträger bei den Ententestaaten zu ernennen. Die Befekuna der diplomatischen Voten wird aber nicht leicht sein. Man darf annehmen, daß nur zum Teil auf die aünkftigen Diplomaten zurückgegriffen werden wird.

U-Boote, Flugzeuge und Lokomotiven, die Menschen: das Deutschland könnte in den großen Ozeanen von Finsk bis zum fernen Japan sich sammeln, erhalten, ja vielleicht sich kräftigen und verjüngen, statt in aller Welt sich zu zerren und von feindlichen, zäheren Rassen-elementen aufgelesen zu werden.

In Preußens tiefster Schmach nach dem Frieden von Tiffit schützten die deutschen Deutschen Stein, Ernst Moritz Arndt und andere nach Rußland und organisierten von dort die Wiedergeburt der Geister. Nicht unser Gold und das Land sind unsere größten Reichtümer, sondern die Menschen. Alles andere wird verloren und wiedergewonnen. Menschen allein bilden den Staat. Ihre körperlichen und moralischen Eigenschaften spiegeln sich in seiner Größe oder seiner Erbarmlichkeit. Treiben wir nicht endlich aktive auswärtige Politik und stellt diese Politik nicht in erster Linie das Problem Ausland in den Vordergrund seiner Entschlüsse, so wird die republikanische Diplomatie mit der Diplomatie des Kaiseriums um den Vorrang der Unfähigkeit und der Priorität der Prüfung vor dem Staatsgerichtshof im Wettstreit treten können.

Wie die Engländer das Bergarbeiterproblem meistern.

(Von unserem früheren Londoner Korrespondenten.)

Auch England hat seinen Kommunismus. Wer aber die politischen Verhältnisse in diesem Lande kennt, der weiß, daß dank der eigenartigen Psychologie des Engländers im allgemeinen und der Arbeiter im besonderen, sich kommunistische Regungen als etwas Nationales, als eine interne englische Angelegenheit, abspielen. Es wäre aber berechtigt, wenn man diese Eigenart des politisierenden Briten auf die inständere Angelegenheit des im Durchschnitt besonnenen, seine eigenen Wege gehenden Arbeiters zurückführen wollte. Man muß ehrlicherweise zugestehen, daß auch die Staatsmannschaft der leitenden Männer einen großen Anteil hat an der Einbindung von Angelegenheiten der arbeitenden Klasse.

Das geht zur Evidenz aus den jüngsten Verhandlungen zwischen der Regierung und den Arbeitern hervor. Am beschlossenen Februar drohte es zu einem offenen Konflikt der Regierung mit dem sogenannten Dreierbund zu kommen, der sich aus dem Eisenbahnerverband, der Gewerkschaft der Transportarbeiter und dem Bergarbeiterverband zusammensetzt. Damals hatte die Regierung dringlichere Sorgen als die Regelung dieser gewiß wichtigen Angelegenheit. Damals galt es um jeden Preis die Einheit der inneren Front zu wahren, um mit größerem Gewicht nach außen hin aufzutreten und die Früchte des siegreich beendeten Weltkrieges einzubeheimen. Lord George hat gegenüber den Forderungen der Arbeiter die in England so beliebte distatorische Taktik des Schiedspruches angewandt, nicht ohne eine neue Note in die sich anbahnenden Verhandlungen mit gerichtlicher Kompetenz hineinzutragen.

Diese aus einem vorfälligen Richter, drei Vertretern der Bedenbesitzer, drei Vertretern der Bergarbeiter und einer gleichen Anzahl Vertreter der übrigen Arbeiterschaft zusammengesetzte Kommission, deren Sitzungsberichte der Presse zugänglich gemacht wurden, bekam das Recht zur Labung und iltlichen Vernehmung von Zeugen, zur Anforderung von Dokumenten und zur Verurteilung widerfälliger Verjonen.

Der Präsident des Bergarbeiterbundes, das ehrenwerte Unterhausmitglied Robert Smillie, verordnete Mitglieder des königlichen Hauses und Finanzmagistrate über die Einkünfte der Bedenbesitzer, die Verwendung an Kraft, Geld und Material durch die gegenwärtige individuelle Bewirtschaftung der Kohle, über die ständischen Wohnungsverhältnisse und über die gefahrbringende Tätigkeit der Grubenarbeiter.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen, die der Richter Soutley sehr unglücklich führte, war eine Empfehlung an die Regierung, den Bergarbeitern einen jährlichen Lohnzuschlag von zwei Schillingen und eine kleine, später eine sechsmonatige Arbeitszeit zu bewilligen.

Da die Bergarbeiter sich das Wohlwollen der über den Gang der Verhandlungen orientierten Öffentlichkeit nicht verschmerzen wollten, zogen sie sich mit dem Entgegenkommen der Regierung und die Streikgefahr war gebannt.

Mit diesem Ergebnis des Schiedspruches war aber die Tätigkeit der „Rundschiffen“ Kommission nicht erschöpft. Jetzt handelt es sich — und das ist für die weite Politik der Regierung — hauptsächlich darum, die Grundlagen für eine Art Sozialisierung der Grubenbetriebe zu schaffen. Man kam schließlich überein, die Übernahme der Kohlengerechthe durch den Staat gegen Entschädigung, die Annahme des Grundbesitzes der Staatseigentümer der Beden und die sofortige Aufstellung eines Planes zur Durchführung der Staatseigentümerchaft zu empfehlen. Im einzelnen auf die Struktur der Staatseigenen Vorkauean als Niederholag der Verhandlungen einzugehen, wollen wir uns verjagen; bezwogenen soll nur werden, daß die geschaffenen Institutionen sich auf paritätisch-demokratische Grundlagen aufbauen und in einem Nationalen Verwaltungsrat ihre Spitze erhalten.

Durch die Verriedung dieser Grundätze, die den Interessen der britischen Grubenarbeiter gerecht zu werden versucht, ist in vorbildlicher Weise eine Lösung gefunden worden, deren theoretische Sanftion noch der parlamentarischen Durchführung bedarf. Ob Lord George diesen ungleich idmüheren Teil mit gleichem Erfolge lösen wird, ist um so mehr zu bezweifeln, weil seine früheren Überzeln Strögen sich um Asquith geichart haben und anbereicrte die Befürchtung besteht, daß die unionistische Gruppe des Unterhauses seinen arbeiterfreundlichen Neigungen feindlich gegenübersteht.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Nach der Ratifizierung.

Gewissenhafte Durchführung des Friedensvertrages. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 15. Juli. (Wolff.) Von auffälliger Seite wird mitgeteilt: Die Verhandlungen in Versailles sind bis jetzt durch die Alliierten in durchaus loyalistischem Tone geführt worden. Sachlich betreiben die Alliierten auf der gewöhnlichen Durchführung des Friedensvertrages, insbesondere auf der Ueberführung deutscher Arbeiter. Sie wollen Gruppen von 500 bis 1000 Mann in Baracken unterbringen. Die französischen Unterhändler sahen, sie kennen die Schwierigkeiten, aber die deutsche Regierung müsse das deutsche Volk unbedingt zur Arbeit anhalten, nötigenfalls müsse Deutschland der Arbeitsdienstleistungen durch italienische Arbeiter Herr werden. Sie fordern ferner besonders dringend die deutschen Nachhelfer, pharmazeutische Apparate und Aal.

Vom früheren Kaiser. (Eigener Drahtbericht.)

5. Basel, 15. Juli. Die Presseinformation meldet aus London: An der Angelegenheit des ehemaligen deutschen Kaisers hat Königin George ein Schreiben an Lord George adressiert. Ferner haben sich mehrere Lords und ein Verwandter des Königs, der auch mit der deutschen Kaiserfamilie verwandt ist, an anderer Stelle verwendet, um die Alliierten zu beruhigen, auf die Auslieferung des Kaisers an die Alliierten zu verzichten zu wollen. Innerhalb der kirchlichen Kreise Englands nimmt die Abneigung gegen ein Gerichtsverfahren sehr stark zu. Außenpolitisch sei es jedoch der Regierung unmöglich, eine offizielle Erklärung abzugeben.

Zum Einzug der Polen in Thorn. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 15. Juli. (Wolff.) Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, entwirrt es nicht den Tatsachen, daß der Einzug der polnischen Truppen in Thorn für den 24. Juli in Aussicht genommen ist. Der früheste Termin ist das Antrifftreten des Friedensvertrages mit der vollendeten Ratifizierung durch drei alliierte Mächte.

Das Märchen vom deutsch-japanischen Abkommen. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 15. Juli. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die erwartete Aukerung der japanischen Regierung über das von der amerikanischen Presse neuerdings wiederholte Märchen von einem im Jahre 1918 zwischen der japanischen und deutschen Regierung vereinbarten Bündnisvertrage ist inoffiziell erfolgt. Nach einer Reuemeldung hat die japanische Delegation in Paris die ganze Erzählung als widerfälschung dementiert.

Ein letztes Mal sofort am folgenden Tage durch den Korrespondenten der Londoner „Morning Post“ abgelehnt. Deutschland u. a. verführerische Angebote den Nananen im Jahre 1917, nämlich freie Hand in den holländischen Kolonien, einschließlich Java und Sumatra, gemacht hätte. Auch diese Geschichte ist ebenso wie die vorhergehende von einem deutsch-japanischen Bündnis ins Reich der Fabel zu verweisen.

Die Entente und Ungarn. (Eigener Drahtbericht.)

Paris, 15. Juli. (Reuter.) Die a. und a. Regierungen sehen Bela Kun eine Mittelung an. Sie haben die Verhaftung aller Ökonomie- und anderer Wertpapiere, die sich im Besitze ihrer Staatsangehörigen befinden, als schwere Verletzung angesehen und alle Konfiskationsmaßnahmen der kommunistischen Regierung für null und nichtig ankommen lassen.

Paris, 15. Juli. (Wolff.) Der „Populaire“ veröffentlicht einen Brief, den Bela Kun an Clemenceau richtete und worin er an das Verbrechen macht, wonach sich die Rumänen hinter die neue Grenze zurückziehen würden, wenn die ungarischen Truppen sich aus dem tschecho-slowakischen Gebiet zurückziehen hätten. Bela Kun erklärte, daß er sein Verbrechen erhalten habe und erwidert die Konferenzen um Rumänien des Gebiets jenseits der Theis, da sonst die Rote Armee zur Abwehr gegen Rumänien bereitsteht würde.

Paris, 15. Juli. (Wolff.) Der Ministerpräsident der ungarischen gegenrevolutionären Regierung in Szeged, Graf Karolyi, ist zurückgetreten. An seine Stelle wird Dezőbry Abraham treten.

Ein Norweger zertrümmert die Tricolore. (Eigener Drahtbericht.)

Kopenhagen, 14. Juli. „Nationaltidende“ berichtet über einen peinlichen Zwischenfall, der sich gestern Abend auf dem Rathausplatz ereignete. Als französische Matrosen von einer Feier im Hotel in geschloffenem Zuge unter Vorantragen der Tricolore kamen und das übliche Kriegerehrentakt befolgten, entriß, während einige französische Matrosen das Denkmal bestiegen, ein norwegischer Unteroffizier des im Hofen liegenden norwegischen Geschwaders einem französischen Matrosen die Tricolore und zertrümmerte sie. Französische Matrosen schrien sich auf den Norweger und richteten ihn mit Schlägen darat, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. „Nationaltidende“ beurteilt das Verhalten des Norwegers.

Kritische Lage des italienischen Transportwesens. (Eigener Drahtbericht.)

Rom, 15. Juli. (Wolff.) Der italienische Transportminister entwickelte in der gestrigen Sitzung der Kammer ein außerordentlich düsteres Bild von der Lage des Transportwesens. Er erwähnte die furchtbare Kohlenknappheit in Italien. Die Kohlen kämen nur noch aus England und Amerika. Die monatlichen Zufuhren reichen nur für ein bis zwei Monate. Die Kohlenpreise seien auf 100 Millionen Lira gestiegen. Die Kohlenpreise seien auf 100 Millionen Lira gestiegen. Die Kohlenpreise seien auf 100 Millionen Lira gestiegen.

Genau so beängstigend sei die Lage der Handelsflotte. Vor dem Kriege habe Italien gegen 18 Millionen Tonnen Waren eingeführt und über 20 Millionen Tonnen Schiffraum verfügt. Heute, nachdem es mehr als die Hälfte seiner Tonnage verloren habe, habe es gegen 2 Millionen Tonne Schiffraum an das Ausland zu zahlen.

Der „Corriere della Sera“ läßt sich von seinem römischen Mitarbeiter melden, daß die Rede im Parlament die schwere Verunreinigung hervorgerufen habe. Am meisten bedrückt habe die Erwähnung des Zeitraums bei den Staatsbürgern.

Englands Export gehemmt. (Eigener Drahtbericht.)

London, 15. Juli. (Wolff.) Im Unterhause gab Lord Curzon eine längere und umfassende Erklärung über die Lage der Kohlenindustrie ab und betonte, daß der englische Kohlenexport sich auf 10 Millionen Tonne, während die hohen Koh-

lenpreise, die die englische Industrie bezahlen müsse, die Ausfuhr von Fabrikaten ernstlich zu schädigen drohe.

Eine jadenheime Reckfertigung Wilsons. (Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 15. Juli. Präsident Wilson hat in einer Rede im Senat erklärt, die Tatsache, daß der Völkerverbund der erste selbständige Teil des Friedensvertrages war, der ausgearbeitet wurde und über den man sich einigte, während über alle anderen Teile noch beraten wurde, habe mitgeholfen, um die Festlegung der übrigen Vertragsteile leichter zu gestalten. All die Verdienste jadenheime Reckfertigung Wilsons. (Eigener Drahtbericht.)

Mit sehr wenigen Ausnahmen hätten jedoch die Männer, die mit den amerikanischen Delegierten um den Friedensvertrag saßen, ebenso aufrichtig wie die Amerikaner gehandelt, sich von den schlechten Einflüssen und ungelieblichen Rufen, dem entsetzlichen Spiege, aus denen die dunklen Pläne Deutschlands entspringen, los zu machen.

Präsident Wilson versuchte dann, die Friedensbedingungen im einzelnen zu erklären, und seine Rede war fast ganz dem Völkerverbund und der Forderung Amerikas gewidmet. Er erklärte: Es soll nicht die Rede davon sein, daß Amerika aufhört, eine Weltmacht zu sein, es handelt sich nur darum, ob wir die moralische Führung, die uns angeboten wird, zurücknehmen können, ob wir das Vertrauen der Welt annehmen und erwerben sollen. Der Krieg und die Friedenskonferenzen haben diese Frage schnell beantwortet und nur eine verfehlte Aktion auf unserer Seite kann daran etwas ändern.

Der Präsident erklärte, es sei unmöglich, die Interessen einer solchen großen Zahl von Nationen ohne jährliche kleine Kompromisse einander abzumessen. Man habe die praktischen Möglichkeiten der internationalen Lage ins Auge gefaßt und sie als Tatsache behandeln müssen.

Amerika und die Frage der Kriegsschuld. (Eigener Drahtbericht.)

5. Rotterdam, 15. Juli. „Daily News“ meldet aus New York: Der Senat ist heute mit der Ratifizierung des Friedensvertrages im Einklang mit dem Vertrag von Versailles einverstanden. Der Senat ist heute mit der Ratifizierung des Friedensvertrages im Einklang mit dem Vertrag von Versailles einverstanden.

Der verfehlte Völkerverbund. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 15. Juli. Der Chef der schweizerischen Abordnung in Paris erklärte verschiedene Mordanschläge auf die Ratifizierung des Friedensvertrages in Deutschland zum Völkerverbund nicht erfolge, die Schweiz auf ihre Neutralität verweist.

Der Nationalrat der Soz. Partei Frankreichs und der Friedensvertrag. (Eigener Drahtbericht.)

Paris, 15. Juli. Laudier empfiehlt in der Versammlung, gegenüber dem Friedensvertrag eine Stellung einzunehmen, die zwischen den verschiedenen Ansichten vermitteln könne. Namens der Sozialdemokraten des Oberelsaß verließ abdam Grumbach eine Entschloßung, in dem Friedensvertrag von Versailles als in Widerspruch mit dem Willensprogramm lebend bezeichnet. Er vertritt gegen die von dem Internationalen sozialistischen Kongress in Bern im Februar 1919 aufgestellten Bedingungen.

Die Grundzüge des Völkervertrages seien ungenügend, um den Weltfrieden sicher zu stellen. Aus diesen Gründen verlangen die Sozialdemokraten von Oberelsaß, daß die sozialistische Kammerfraktion dem Vertrag ihre Zustimmung verweigere. Grumbach geht abdam zu einer scharfen Kritik der Art über, wie jetzt durch die Militärverwaltung im Elsass regiert werde. Ein derartiges Regime müsse aufgehoben werden. Die elsaß-lothringischen Sozialisten hätten sich bisher eine gewisse Reserve aufgelegt, von nun ab seien sie aber entschlossen, gegen alle derartigen Uebergriffe energig vorzugehen. Daraus schließt sich den Grundbegriffen der Sozialisten des Elsass an.

Vedouce (Loulou) kritisiert in längerer Ausführungen den Friedensvertrag und namentlich die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln. Deutschland sei nicht in der Lage, die von ihm geforderten Entschädigungssumme zu bezahlen. Nach seiner Ansicht habe der Protektionismus das Programm Wilsons niedergedrückt. Trotz alledem will sich Vedouce, um eine spätere Revision sicher zu stellen, mit einem scharfen Protest begnügen und sich der Abstimmung enthalten. Sembat vertritt den gleichen Standpunkt.

Nach seiner Ansicht ist der Friedensvertrag gegen Deutschland in die Arme Frankreichs zu treiben. Das schlimmste sei die politische Frage. Da liege auch der Grund für den Krieg vor morgen. Der Völkerverbund garantiere zwar nicht endgültig den Frieden, bilde aber trotzdem einen Fortschritt. Renaudel erklärte, auch er sei für eine Revision des Vertrages. Die Erklärungen Hermann Müllers, daß die Bestimmungen loyal gehalten werden müssen, finden keinen Beifall. Daraus könne die Friedensfrage nur gewonnen. Paul Faure ist gegen Stimmenthaltung. Wenn er gewagt hätte, daß die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens 15 Millionen Lira kosten würde, hätte er eine Aenderung auf gutem Wege vorgezogen. (Grumbach ruft dazwischen, das sei auch die Ansicht aller Elsaß-Lothringer gewesen.) Faure fährt fort, in dem Augenblick, in dem Deutschland, Oesterreich und andere Völker sich den sozialistischen Idealen anwenden, dürften die französischen Sozialisten nicht vor einer klaren Stellungnahme zurückweichen. Mit 1420 gegen 84 Stimmen bei 501 Stimmenthaltung wurde beschlossen, die Ratifizierung des Friedensvertrages abzulehnen. Die Debatte wurde hierauf auf Montag vormittag vertagt.

Unsere gefangenen Landsleute. (Eigener Drahtbericht.)

Bern, 14. Juli. (Wolff.) Nachdem die letzten Schwierigkeiten, die der Entlassung von etwa 3000 noch in der Schweiz befindlichen deutschen Internierten im Wege standen, beseitigt sind, wird die Freilassung der Internierten in der Schweiz in etwa Monatsfrist beendet sein.

Berlin, 15. Juli. Bekanntlich waren in den letzten Monaten aus außerordentlich unheimlich Nachrichten über die Lage der deutschen Gefangenen bei den Arbeitskompanien in französischen Operationsgebieten eingelaufen. Erst nach langen Bemühungen konnte durchgeföhrt werden, daß Tausende der schweizerischen Gefangenschaft in Paris die Erlaubnis erhielten, diese

Kriegsgefangenen zu befreien. Die Berichte gehen jetzt ein und zeigen erfreulicherweise, daß die französische Regierung endlich durchgearbeitet und den schließlichen Befehl erteilt hat. Die Internierten haben sich sehr abgehärtet, die Ernährung ist nicht mehr unzureichend. Ueber die Behandlung wird viel weniger geklagt. Selbstverständlich werden die einziehenden Gefangenen auch weiterhin auf forsaftliche Verpflegung bedürftig sein, doch können die Ansehlichen erfreulicherweise mit Recht annehmen, daß die noch einlaufenden Männen recht wahrscheinlich im wesentlichen überholt sind.

Wien, 14. Juli. Wie die Blätter melden, werden die in Ungarn interniert gewordenen deutschen Soldaten des Generalfeldmarschalls von Mackensen in den nächsten Tagen auf dem Wege nach Deutschland durch Wien kommen und sich hier einige Tage aufhalten.

Berlin, 15. Juli. An dem aus Rumänien heimkehrenden Raadettau 23 treffen demnach 123 Offiziere vom Generalkommando 63, die in Leinmer interniert waren, ein, darunter die Generale Koch und Schach.

Opfer von Scapa Flow. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 15. Juli. (Wolff.) Durch die völkerrechtswidrige Beschießung der mehrfachen Besatzung der deutschen Rettungsboote bei der Verletzung der Kriegsschiffe in Scapa Flow haben nach den bisherigen Ermittlungen außer dem Korvettenkapitän Schumann noch ihr Leben verloren: Torpedomaschinist Wilhelm Markgraf und die Torpedoberaufschützer Friedrich Bede und Gustav Langtrath. Alle drei gehören zur Besatzung des Torpedobootes „V. 128“. Eine endgültige Feststellung der Zahl und Namen der Getöteten sowie der Verwundeten hat sich infolge Ausbleibens einer englischen Antwort auf eine am 29. Juni deutschseits erlangene Anfrage trotz aller Bemühungen noch nicht bemerkbar machen lassen. Der azerette Teil der Besatzung ist vermisst in den Gefangenenlagern in Osepehr bei Stromsburg und Matfel bei Dull interniert.

5. Rotterdam, 15. Juli. (Via Drahtber.) „Daily News“ meldet: Der Abrüstungsbericht der deutschen Kriegsmarine aus England beginnt am 18. Juli. In den ersten 14 Tagen werden 52 000 deutsche Gefangene heimgeführt.

Deutsche Nationalversammlung. (Eigener Drahtbericht.)

W. Weimar, 15. Juli. Eröffnung der Sitzung um 9.50 Uhr. Nach Erledigung einer kurzen Anfrage wird für den aus dem Präsidium scheidenden Unterstaatssekretär Schulz-Duppre (Soz.) auf Vorschlag des Abgeordneten (Ztr.) durch Herrn Dr. W. Söbe (Soz.) zum Präsidium gewählt. Die Nationalversammlung einmütig genehmigt. Söbe nimmt an. Darauf legt das Haus die Weiterberatung des Verfassungsentwurfes mit dem zweiten Hauptteil Grundrecht und Grundpflichten der Deutschen fort.

Art. 107, der einleitend bestimmt: „Die Grundrechte und -pflichten bilden die Richtschnur und Schranken für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern“, wird als entbehrlich getilgt.

Art. 108 lautet: „Alle Deutschen sind bei der Geburt gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Derzeitliche Rechte, Vorrechte und Nachteile der Geburt und des Standes bestehen nicht. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. Titel dürfen nur als Amts- und Berufsbezeichnung verliehen werden. Adelsmische Grade sind hierdurch nicht getroffen. Orden und Ehrenzeichen dürfen von der Staatsmacht verliehen werden. Kein Deutscher darf von einer auswärtigen Regierung Titel oder Orden annehmen.“

Hr. Geinze (D. Vp.) und Gen. beantragen die Streichung sämtlicher Bestimmungen über die Adelsbezeichnungen, Titel, Orden und Ehrenzeichen.

Hr. Frau Agnes (U.S.) und Gen. beantragen folgende Fassung: „Der Adel wird abgeschafft. Vorrechte und Nachteile der Geburt oder des Standes bestehen nicht.“

Die Mehrheitssozialdemokraten Sauer und Gen. beantragen gleichfalls Abschaffung des Adels und die Gleichstellung der Männer und Frauen nur in den staatsbürgerlichen Rechten (nicht Pflichten). Endlich beantragen die Mehrheitssozialisten Frau Jungas und Gen. hinter den Zug über die Gleichstellung von Männern und Frauen den Zusatz: „Die Bestimmungen des öffentlichen und bürgerlichen Rechtes sind entsprechend zu bezeichnen.“

Hr. Frau Fein (Ztr.): Wir können uns mit einem Etilum der absoluten Gleichberechtigung nicht einverstanden erklären.

Hr. Dr. Luppe (Dem.): Die sogenannte Adelsbezeichnung ist doch nur ein Teil des Namens. Der Wunsch sollte durch seinen Verzicht klar feststellen, welcher Namen geführt werden soll.

Hr. Dr. Graf v. Pöfatschky (D.N.): Ueber die Abschaffung des Adels vermag ich mich nicht aufzuregen. Ich bin abgesehen, einen politischen Zweck? Die Gleichberechtigung der staatsbürgerlichen Rechte hat sich bitter in der Vergebung der staatsbürgerlichen Rechte gerächt, und diese Vergebung erst machte den Sieg des Imperialismus und Bolschewismus möglich. Deshalb führte dieser große Menschenfeind den Adel sofort wieder ein. Nicht jeder Beamte macht Karriere. Deshalb muß ihm ein Titel oder Orden als Auszeichnung gegeben werden. Die Anträge können nur doch sein. Grundsätzlich der Gleichstellung der Männer und Frauen teilen wir den Standpunkt desentrums.

Hr. Frau Fein (U.S.): Die Frau leidet die härtesten Pflichten in der Geburt und der Erziehung des Kindes. Sie ist aber nicht der Verdienst ihres Kindes und hat nicht das Recht, es vor Gericht zu vertreten.

Hr. Dr. Geinze (D. Vp.): Dem Adel bleibt seine gesellschaftliche Stellung, ob Sie keine Abschaffung beschließen oder nicht. Die Verleihung von Titeln bleibt ein Equivalemt für die geringe Bezahlung der Beamten.

Hr. Dr. Quast (Soz.) stellt mit Genehmigung eine weitgehende Ueber einstimmung in den Anträgen der beiden sozialdemokratischen Parteien fest. Der neue Staat soll aus der Zusammenarbeit aller Männer und Frauen hervorgehen.

Hr. Dr. Luppe (Dem.): Die sozialdemokratischen Anträge lassen sich in ihren Folgen nicht übersehen. Man bleibe bei der Ausschloßung.

Hr. Dr. Fein (Ztr.): Das Volk erwartet von der Revolution eine wirtschaftliche Besserstellung. Mit Neuerungen dekorativer Art ist ihm nicht abgeholfen.

Darauf schließt die Beipredung.

Art. 108 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. Abgelehnt werden: Der Antrag Frau Jungas mit 144 gegen 119 Stimmen, der Antrag Frau Jungas mit 144 gegen 128 Stimmen bei drei Enthaltungen, der Antrag Sauer mit 143 gegen 127 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, ebenso der Antrag Geinze.

Art. 109 bestimmt, daß die Staatsangehörigkeit im Reich und in den Ländern nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes erworben und verloren wird.

Hr. Frau Fein (D. Vp.) richtet einen dringenden Appell an die Reichsregierung, alles zu tun, um den Deutschen die jetzt gegebene, die politische Nationalität zu erwerben, in späterer Zeit die Rückkehr in den deutschen Staatsverband in jeder Weise zu erleichtern.

Art. 109 wird unverändert angenommen, ebenso Art. 110 (Freizügigkeit im ganzen Reich).

Präsident des Reichsministeriums Sauer: Auf den Appell des Hr. Frau Fein kann ich erklären, daß die Regierung, obgleich natürlich noch kein Beschluß der Gesamtregierung erfolgt ist, nach meiner Ueberzeugung die Auffassung hat, daß diesem Bundesgesetz nach Kräfte folgen geleistet werden muß. Die Regierung muß sich so bald wie möglich mit dieser Frage beschäftigen und beschließen, welche Maßnahmen zu treffen sind, um die Rückkehr jener, die später die deutsche Staatsangehörigkeit wieder erwerben wollen, zu erleichtern.

Art. 112 bestimmt den Schutz der freien volkstümlichen Entwicklung der fremdsprachigen Volksteile.

Hr. Dr. Fein (U. S.) befürwortet einen Antrag seiner Partei, daß fremdsprachige Volksteile zu jagen: nationale Ueberarbeiten.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Art. 113 handelt von der persönlichen Freiheit, deren Beschränkung nur auf Grund von Gesetzen zulässig sein soll.

Die Unabhängigen Agnes und Gen. beantragen dazu die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen gegen die Prostituierten.

Regierungskommissar Dr. Fein erklärt die Frage als Gegenstand der Spezialgesetzgebung und empfiehlt Ablehnung des Antrages der Unabhängigen.

Darauf verlag sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr vormittags, Fortsetzung der Verfassungsvorlage.

Die Beratungen über die Tabaksteuer. (Eigener Drahtbericht.)

5. Weimar, 15. Juli. Am 14. Juli in der Nationalversammlung wurde heute die Verhandlung über die Tabaksteuer fortgesetzt. Die Regierung hatte eine Berechnung vorgelegt, wonach der Antrags Schlichter (Soz.) auf eine Ermäßigung der Raakreuersteuer ein Minus von 36,8 Millionen Mark, der Antrags Rade (Ztr.), der die Durchschlagung auf die höheren Preisklassen über 25 Pf. enthält, ein Mehr von 10,5 Millionen Mark ergeben würde. Der Referent Hr. Feinmann wies auf die Möglichkeit rascher Erhebungen der Tabaksteuer, damit die Industrie sich bei ihrem Wiederaufbau darauf einstellen könne. Die Raakreuersteuer würde das Schicksal gegen die Raakreuerindustrie. Er empfahl deshalb nicht die Ermäßigung der Raakreuersteuer, sondern den Antrags Rade. Reichsfinanzminister Gruber bittet gegenüber den Antragsführern der Berechnung der Regierung über das Einnahmeergebnis durch den Antrags Rade (Deutschnational) um Annahme des Antrags Rade, der die nötigen Gelder bringt und die Raakreuersteuer sprechend belasse. Die Raakreuersteuer würde das Schicksal gegen die Raakreuerindustrie im Durchschnitt 50 Millionen Mark herausgegeben werden. Wenn die Raakreuersteuer ermäßigt würde, dann müßte auch die Raakreuersteuer herabgemindert werden.

Die deutsche Republik. (Eigener Drahtbericht.)

Der Wechsel im Reichswirtschaftsministerium. (Eigener Drahtbericht.)

Bekanntlich ist der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Wisfoll notwendig geworden, weil er in der Durchführung der vom Unterstaatssekretär von Moellendorf einleiteten „Wirtschaftsreform“ keine Unterstützung im Kabinett gefunden hat. Wisfolls Rücktritt ist aber nicht nur für die Kräfte der Sozialisierung unserer Wirtschaft von Bedeutung, sondern auch für die Kräfte unserer Verfassung mit Lebensmitteln und unentbehrlichen Gebrauchsgüter. Und in dieser Beziehung verdient die Entscheidung über die Verleihung seines Nachfolgers Beachtung. Man wird sich bei unmaßmäßig heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Wirtschaftsminister Wisfoll und dem Ernährungsminister Schmidt auf dem sozialdemokratischen Parteitag erinnern. Sie drehte sich um die Kräfte der Einfuhr von Lebensmitteln. Wisfoll wollte am Ende unserer Valuta die Einfuhr von Lebensmitteln auf ein möglichst geringes Maß beschränken. Dieter Standpunkt wird neben allen makroökonomischen Wirtschaftspolitikern als absonderlich abgelehnt, weil wir einmal bei dem hereinströmen fremder Waren über die Beschränkung auf den Stand unserer Valuta hinaus keinen Einfluß haben und weil außerdem die Erfahrungen der letzten Wochen gezeigt haben, daß die politische Lage auf die Bewertung der Reichsmark im neutralen Ausland von erheblichem Einfluß ist als die Gestaltuna unserer Zahlungsbilanz. Im übrigen muß man eine reichere Verformung der Weltwirtschaft mit Lebensmitteln nicht nur aus gesundheitslichen Rücksichten, sondern auch im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung für die wichtigste Aufgabe der Regierung halten. Diesen Standpunkt vertrat der Ernährungsminister Schmidt in seiner scharfen Rede im Reichstag. Er erklärte, wir hätten nicht zu viel, sondern noch viel zu wenig Lebensmittel eingeführt. Wenn nun jetzt die Leitung unseres Wirtschaftsministeriums an Robert Schmidt übergeht, so ist damit zu rechnen, daß die bisherigen Bemühungen in der Einfuhr ausreichender Mengen von Lebensmitteln fortgesetzt werden.

Aber nach der halbamtlichen Auslassungen zu Wisfolls Rücktritt ist auch damit zu rechnen, daß die Einfuhr von Erzeugnissen, an denen die Bevölkerung leidet, eine größere Gestaltuna nehmen wird. Der Kredit, den der deutsche Kaufmann im Ausland genießt, soll für unsere Verformung mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Erzeugnissen nutzbar gemacht werden. Zur Unterstützung soll eine forstwirtschaftliche Kreditanstalt auf eine neue Industriebranche werden. Wisfolls Grundfals, die Fabrikation im Interesse der heimischen Industrie möglichst aus der Einfuhr auszuschließen, war nur formal richtig, die Einfuhr ausländischer Rohstoffe verfiel und infolgedessen arbeiten konnte. Somit dies aber nicht der Fall ist, bedeutet die Einfuhr von Erzeugnissen keine Schädigung unserer Industrie. Wir werden deshalb a. B. Schilber aus Rußland anher, weil unsere Schuhindustrie aus Rußland anher den vorhandenen Bedarf bei weitem nicht decken kann. Es ist aber auch damit zu rechnen, daß der neue Leiter des Wirtschaftsministeriums auf einem anderen Gebiet die Kräfte der Einfuhr ohne Einschränkung entscheiden wird, nämlich auf dem Gebiet der Verformung mit Tabakerzeugnissen. Es ist

nicht ananania, daß der Winkerbemittelte Zaun für Zaun steht, wie sich nur der Wohlhabende Maaren und Maaren für neues Geld kaufen kann, während er selbst sich im besten Fall mit überflüssigen Erbschaftsmitteln begnügen muß.

Der „Vorwärts“ und das Schulkompromiß. Nachdem das Schulkompromiß die Zustimmung der Fraktionen des Senats und der Sozialdemokratie gefunden hat, kann das Plenum der Nationalversammlung in der Beratung des Verfassungsentwurfes fortfahren.

Der „Vorwärts“ sagt: Die Sozialdemokraten haben nicht erreicht, daß der Religionsunterricht aus den Schulen verdrängt, aber sie haben durchgesetzt, daß kein Kind zur Teilnahme am Religionsunterricht angehalten werden kann, wenn es seine Eltern nicht wünschen.

Die Streiklage.

Ende des Berliner Straßenbahnstreiks. Berlin, 15. Juli. (Wolff.) In der gestern abend abgehaltenen Versammlung der Anwesenden der Großen Berliner Straßenbahn wurde beschlossen, die Arbeit morgen wieder aufzunehmen.

Professorenstreik in Hamburg. (Eigener Drahtbericht.)

Hambura, 15. Juli. (Wolff.) Der heutige Professorestreik der hiesigen Sozialdemokraten wegen Verhaftung des arbeitslosen Vorstehers des Deutschen Metallarbeiterverbandes und die Trauerfeier für die am 14. und 15. Juni Gefallenen beendete sich auf die Weise, daß die Professoren den Streik aufhoben und auf den Straßen ihr Amt wahrnahmen.

Landarbeiterstreik. (Eigener Drahtbericht.)

Kattowitz, 15. Juli. Von unzureichender Seite hat sich ein Teil der Landarbeiter des Kreises Wroch in den Streik treiben lassen. Der Streikverband der Land-, Forst- und Weinbergarbeiter fordert die Landarbeiter auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, da in den nächsten Tagen Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages stattfinden.

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Wrochungen in Wrochungen erfahren wir, daß der Streik erloschen ist. Er hatte etwa acht Tage gedauert und endete sich auf ungefähr 20 Arbeitslosen.

Belagerungszustand über Pommern. (Eigener Drahtbericht.)

Stettin, 15. Juli. Die Verhältnisse des Belagerungszustandes über fast ganz Pommern bei unter dem Sozialdemokraten eine ziemlich erhebliche Bevölkerung hervorzurufen. In Anklam ist gestern mit der arde Generalstreik erklärt worden. Außer traten die Arbeiter des landwirtschaftlichen Einkaufsvereins in den Ausstand. Sie begehren sich in abschließendem Maße nach den anderen Betrieben und ananania die Arbeiter zur sofortigen Arbeitsniederlegung. Durch den Streik sind fast alle Betriebe still gelegt.

Buchdruckerstreik in der Schweiz. Zürich, 14. Juli. (Wolff.) Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Buchdruckerbundes beschloß, die vor zwei Wochen wegen Währungsänderung der 48-Stundenwoche beschlossene Währungsänderung der Maschinenfabrik aufrecht zu erhalten, die in der Kraft trat. Die meisten Schweizerischen Zeitungen erschienen nicht. Voraussichtlich wird die Arbeit erst am Mittwoch oder am Donnerstag wieder aufgenommen.

Badischer Landtag.

Die Steuerdebatten im Haushaltsausschuß. Karlsruhe, 15. Juli. In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses wurde die Beratung der Steuerentwürfe fortgesetzt.

Bei der Weiterberatung der Steuerentwürfe wurde zunächst ein Antrag der Deutschen Nationalen, die Zuschläge schon bei 4200 M. Einkommen ansetzen, nicht bei 6000 M., wie in der letzten Sitzung des Ausschusses beschlossen wurde, abgelehnt. Die Verabschiedung der Regierungsvorlage bei der Einkommensteuer und bei der Vermögenssteuer bezüglich der vorgeschlagenen Erhöhungen wurde alsdann beschlossen und die schließlich angenommen. Dafür erklärten sich 12 Mitglieder des Ausschusses, fünf enthielten sich der Abstimmung. Der ergiebige Mehrertrag beträgt bei der Einkommensteuer 24 884 000 M., bei der

Vermögenssteuer 3 500 000 M. Die Steuerzuschläge müssen am 1. Oktober und am 1. Dezember je zur Hälfte entrichtet werden. Die von verschiedenen Vereinen eingereichten Anträge wurden als erledigt betrachtet. Die Steuerentwürfe sind damit von dem Ausschusse bereitgestellt; sie werden in der nächsten Woche die Vollversammlung des Landtags beschäftigen.

Badische Politik.

Ministerialdirektor Arnold.

Zum Nachfolger des wegen vorgerückten Alters auf sein Ansuchen am 1. Juli ds. Js. in den Ruhestand getretenen Geheimrats Alexander Pfisterer ist der vortragende Rat im Ministerium des Inneren, Gustav Arnold, zum Ministerialdirektor in diesem Ministerium ernannt worden. Er ist im Jahre 1866 in Emmendingen geboren, legte seine beiden juristischen Prüfungen in den Jahren 1889 und 1892 ab und fand im Jahre 1894 als Amtmann in Lage seine erste Anstellung. Von 1899 an war er in Gochs, Wertheim und Billingen als Amtsvorstand tätig; in der letzteren Stellung hat er sich namentlich um die Regelung des zu seinem Amtsbezirk gehörigen Kurorts Wertheim, in dem auch das Landesfahndamt errichtet wurde, verdient gemacht. Im Jahre 1908 wurde er als vortragender Rat in das Ministerium des Inneren berufen, in dem er die landwirtschaftlichen Fragen mit Aufsicht und Verantwortung erledigte. Dabei bearbeitete er insbesondere die der Entwicklung der Landwirtschaftsreform dienenden Vorlagen. Gleichzeitig war er auch seit 1911 stellvertretendes ständiges Mitglied des Landesverordnungsamtes, sowie Mitglied des Verwaltungsrats der Gebäudeversicherungsanstalt. Vor zwei Jahren wurde er zum Geh. Oberregierungsrat ernannt.

Veränderungen im höheren Justizdienst.

Senatspräsident Rudolf Waldel von Aueburg beim Oberlandesgericht wird in den Ruhestand treten. Zu seinem Nachfolger wurde Oberlandesgerichtsrat Dr. Otto Füst ernannt. Ferner tritt Landgerichtspräsident Heinrich Fienlohr in Freiburg in den Ruhestand; sein Nachfolger wird der bisherige Freiburger Landgerichtsrat Dr. Senatspräsident Fritz v. Waldel, der zu den ältesten richterlichen Beamten Badens, Er war vor nahezu 50 Jahren in den badiischen juristischen Dienst eingetreten und in dieser langen Zeit u. a. mehrere Jahre Landgerichtsdirektor in Mannheim und in Karlsruhe. Seit 1911 befehligte er das Amt des Senatspräsidenten. Sein Nachfolger Dr. Füst wurde im Jahre 1882 in den Justizdienst aufgenommen. Er war von 1887 ab einige Jahre Amtsrichter in Leberlingen, wurde dann nach Karlsruhe versetzt, wo er als Amtsrichter und Landgerichtsrat, seit 1904 als Oberlandesgerichtsrat tätig ist.

Um die Donauschwäbinger Bürgermeisterei.

haben sich 22 Kandidaten, darunter 10 Mademiker, beworben. Ueber die Güte der dem nicht wiederewählten Bürgermeister Schönan zu zahlenden Pension konnte im Bürgerausschuß keine Einmütigkeit erzielt werden. Der Gemeinderat hat den Betrag von 2250 M. festgesetzt.

„Christliches Volk.“

Am Auftrage des Badischen Volksfächerbundes erscheint ein neues, achtseitiges Kirchenpolitisches Blatt unter dem Titel „Christliches Volk“. Die ältere Ausgabe „Der Weg aus Kurpfalz“ und die „Christlichen Blätter“ Mannheims neben in dem neuen Unternehmen auf und stellen deshalb ihr Sonderzeichen ein.

Ein neues Zentrumblatt im Oberland.

Nach einer Mittheilung wurden im Oberland Verhandlungen wegen der Gründung einer neuen Zeitung mit dem Namen „Der Oberländer“ abgeschlossen, die nun zum Abschluß gelangt. Die Zeitung wird in der Druckerei der „Oberländer Anzeiger“ herzustellen werden.

Aus Baden.

Wünsche der Bauern Landwirte.

Oberkirchen, 15. Juli. Einen für mich ein Verlust nahm eine hier abgehaltene von über 800 Landwirten des badischen Oberlandes behaltene Versammlung, die nach einem Vortrag des Geschäftsführers des Bad. Bauernbundes, J. Müller, Karlsruhe, und einer sehr lebhaften Ansprache ein Telegramm an das Ministerium des Inneren zu richten beschloß, in dem die Wegerückung des jetzigen Oberamtmanns, Freiherr v. Rothberg, und des Kommandanten des Oberamtsbezirks, Reichsrat v. Geyd, von dem Oberamtsbezirk zurückverlangt wurde, da sich Freiherr v. Rothberg für den landwirtschaftlichen Bezirk als unbrauchbar erwiesen habe. Fernerhin wurde beschlossen, an den Reichsverwaltungsmittler ein Telegramm zu senden, in dem die Freigabe der Grünsperre des Jahres 1919 gefordert wird. Aus dem weiteren Verlauf der Versammlung ist noch zu erwähnen, daß Landtagsabg. Hertle-Saunders die Zusammenlegung des parlamentarischen Ernährungsbereichs kritisierte und die gleichzeitige Vertretung von Produzenten und Konsumenten (bisher sechs Konsumenten und drei Produzenten) wünschte.

Ein ausgezeichnete Fang.

fr. Forstheim, 15. Juli. Beamte der Münchener Seereschutzverwaltung verhafteten in München den städtisch verhafteten berufenen Adolf Rombach von Bräunlingen. Der am 19. Juni 1. N. in Neustadt i. Schw. dem Oberleutnant Rombach von Forstheim einen Betrag von 800 000 M. abgeschwindelt hat. Auf die Ergreifung Rombachs war eine Belohnung von 50 000 M. ausgesetzt.

Der Elsenz Bauernprotest vor Gericht.

rr. Mannheim, 15. Juli. Vor dem Schöffengericht wurde gestern und heute die Elsenz Bauernrevolte verhandelt. Angeklagt waren wegen Auftrags 12 Personen, hauptsächlich Landwirte, die sich am 14. Februar tätlich gegen eine Kommission zu schulen konnten, die wegen rückständiger Getreidelieferung nachschau hielt. Die Kommission rief deshalb vom Bezirksamt Elsenz Hilfe herbei, das drei Beamten nach Elsenz schickte. Diese Beamten wurden im Rathaus angegriffen. Neben der Nachzahlung war eine Verschleppung in der Auszahlung der Gelder für an das Meer im Juni vergangenen Jahres geliefert worden, die heute aufgebracht hatte. Die Geschworenen erklärten heute von den Angeklagten nur vier wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt für schuldig. Der Landwirt Heinrich Doll wurde zu 3 Monaten, der Landwirt Georg Holz zu 4 Monaten und der Landwirt Adolf Doll und der Seiler Heinrich Venz zu je 3 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Karlsruhe, 14. Juli. Der Bad. Blindenverein gibt in seinem eben erschienenen Bericht für das Jahr 1918 einen Überblick über die Ver-

ein-sar-beit in dem vergangenen Jahr, die unter schmerzlichem Verhältniß stand. Er-freulichste ist dem Blindenverein zuzurechnen, die größtenteils der baulichen Erweiterung des Blindenvereins in Mannheim dienen sollen. Der ge-sonnenbedingte Zusammenbruch durch die Gründung der Ein- und Verkaufsgenossenschaft badi-scher Blinden beruht bei seiner weitestgehenden Ent-wicklung recht gut. Es wird dadurch möglich sein, die Blinden mit Rohstoffen zu versorgen und den Ab-satz der Waren aller erwerbsfähigen Blinden zu be-sichern. In Offenbura und Mannheim ist die Gründung von Bezugsgruppen in Aussicht genommen. In den Vorstand für 1919 wurden zu Be-zirke bei Anschaffung von Führerzeugnissen für die blinden Mitglieder des Vereins 2000 M. ein-gesetzt. Die gesamten für die blinden Mitglieder aufzuwendenden Mittel belaufen sich auf jährlich gegen 14 000 M. Das Gesamtvermögen des Bad. Blindenvereins, der einen erfreulichen Zuwachs an se-henden und ihn unterstützenden Mitgliedern zu verzeichnen hat, beläuft sich auf nahezu 300 000 M.

Durlach, 15. Juli. An der Bahnlinie nach Gröningen wurden letzter Tage zwei Klee-er-Be-nomen aufgefunden, die von einem früheren feind-lichen Angriff auf Karlsruhe herrührten.

Mannheim, 15. Juli. Beim Köllieren der feind-lichen Besatzung wurde in der Nacht zum Dienstag der Kraftfahrer Stamer von Landau von einem französischen Soldaten angegriffen und schwer ver-letzt.

Baden-Baden, 15. Juli. Die Zahl der zur Kur hier aufhaltenden Fremden betrug am abgelaufenen Tage 20 360.

Bell i. W., 15. Juli. Eine biesige Familie er-hielt nach langer Ungeheiß dieser Tage die er-sten Lebenszeichen von ihrem in Sibirien in Ge-fangenschaft befindlichen Sohn, und zwar vier Po-litkaren, die im Sommer vorigen Jahres abge-schrieben waren.

Aus dem Stadtkreise.

Vom Güterverkehr. Am 10. Juli 1. N. wurde der Anhang II des Deutschen Eisenbahn-Güter-tarifs, Teil II, Gemeinames Heft Nr. 200, aufgehoben. Damit treten wichtige Veränderungen im Güterverkehr mit der Schweiz, den Niederlanden und den nordischen Ländern ein. Für alle nach und von den auf Schweizer Gebiet gelegenen badi-schen Stationen und für den Übergangsbereich der badi-sch-schweizerischen Übergangsstationen Konstanz, Singen (Hohenwiel) und Waldshut aufgestellten Sendungen erfolgt die Frachtberechnung wieder in der Mar-kwährung, also ohne Umrechnung der Frachtpreise in die Frankwährung nach dem Friedenskurs von 1 M. = 1,235 Franken. Damit entfällt auch die Erhebung des sogenannten Währungszuschlages bei Neuaufgabe von Sendungen nach oder von den Auslande auf deutschen Binnenstationen. Bis zur Umrechnung der direkten Frachtpreise mit den schweizerischen Bahnen wird durch die Umbehandlung der Sendungen auf den geeignet gelegenen deutsch-schweizerischen Grenzstationen eine billigere Fracht erzielt, als nach den bis-herigen direkten Frachtpreisen. Die billige Fracht er-gibt sich im allgemeinen über jene Grenzstation, die der schweizerischen Empfangs- oder Verladungstation am nächsten liegt. Sofern in den Frachtbriefen kein Uebergang vorgeschrieben ist, wählt die Frachtabgabe den für ihr für ein großes Verschulden zur Last fällt. Es empfiehlt sich daher, bei Frachtabgaben nach der Schweiz die Umbehandlungsinformation im Frachtbriefe vorzuschreiben. Die direkten Frachtpreise des deutsch-schweizerischen Güterverkehrs werden vorerst nicht mehr angesetzt. Für Sendungen nach Schwei-zen in Deutsch-Oesterreich und darüber hinaus ist vom 1. August d. N. an die Fracht bis zur deutsch-schweizerischen Grenzstation vom Empfänger zu bezahlen. Die bisherige angesehene Ueberweisung der Fracht auf den Empfänger auch für den deutschen Durchlauf wird dadurch befristet. Der Empfänger muß künftig die für die Umbehandlung gewählte Grenz-station im Frachtbrief bezeichnen. Die Belastung der Sendungen mit Nachnahme ist vom gleichen Tage ab nicht mehr zugelassen.

Verlängerung der Polizeistunde. Das Ministerium des Inneren hat die Bezirksämter ermächtigt, an Sonn- und Sonntagen für größere Vereinsan-sammlungen oder bei besonderen Anlässen, die eine Ausnahme berechtigt erscheinen lassen, Polizeistunden-Verlängerung bis 1 Uhr zu bewilligen. Veranstal-tungen, die Ueberweisung des Festbeschlusses anzu-sehen sind, können dabei nicht berücksichtigt werden.

Für die Ferienlokation. An diesen Tagen stehen hunderte von Karlsruher Kindern hinaus auf Land, um erquickende Waldluft, frische Ruhe und kräftigende Kost zu genießen. Der Verein für Ferienlokation hat auch dieses Jahr wieder, wo es nach all den Entbehrungen der harten Kriegsjahre noch dringender notwendig ist als sonst unserer Jugend dieser Erholung ermächtigt. Aber trotz aller Schwierigkeiten und Beiträgen großzügiger Ausenfreunde bedarf es noch erheblicher Mittel, um dieses soziale Werk weiter ausbauen zu können. Zu diesem Zwecke veranlaßt die Stadt Karlsruhe unter Mitwirkung des Musikvereins „Harmonie“ und des Männergesangsvereins „Konordia“ heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im hiesigen Stadtgarten ein Konzert, dessen Reinertrag der Ferienlokation zu- kommen soll. Da der Musikverein „Harmonie“ über 70 Musiker zählt und die „Konordia“ die Läden, die bei Arbeit in ihre Reihen treten, wieder aus-zuschließen hat, können beide Vereine mit einem aus-gezeichneten Programm an die Öffentlichkeit treten. Außer Stunden außerordentlicher Erholung haben die Besucher die Gelegenheit, mitzuwirken an der Aus-gestaltung unserer lieben Karlsruher Jugend.

Abemittliche Volksunterrichtsstunde.

Heute, Mit-twoch, 8 Uhr abends, findet in der Technischen Hoch-schule im arden Südtrale des Chem. Anstalts ein Vortrag über „Moris v. Schöndin“ statt. Eintritt frei, jedermann herzlich willkommen.

Vortrag. Am Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, spricht der Politiker Dr. Stadler auf Veran-las-sung der Liga zum Schutze der deutschen Kultur im Ein-trittslocale.

Kolloquium. (Gastspiel Blahheim.) Man schreibt uns: Heute abend gelangt ein neuer Schläger, „Familie Hannemann“, zur Erstaufführung mit Blahheim in der Hauptrolle. Dieses Stück über-trifft alles bis jetzt Dagewesene und wird ein neuer großer Erfolg der Blahheim-Gesellschaft werden.

Kaffee Bauer. Auf das heute abend stattfindende Sonderkonzert der beliebten Musikertafel Gruner wird hiermit besonders hinarufen. (Siehe die Anzeiger.)

Weltprogramm. Diese Woche ist die Donau-gegen die zu leben. Vom Dampf aus sieht man in freien Anhöhen die zahlreichen schönen Burgen und Schlösser und die reizendsten Bäche vorüber-ziehen, so daß diese Serie dem Naturfreund einen Doppelnutzen bietet.

Die Residenz-Theater haben von heute an wieder vollständig neue Programme. Der Pfaffen Wald-irake zeigt eine Liebeskomödie in 6 Akten, betitelt „Abdrötte“, die traunigen Geschehnisse eines Malers. Die Schillerstraße hat das biederliche Schmelz-„Die Tänzerin“, ferner das köstliche Lustspiel „Die

schwarze Sobott“ und die interessante Aufmachung „Die Beside“. — Das Theater Kaffierstraße 5 am Durlacher Tor brinat das Maenaruberische Schau-spiel „Mit dem Schidial verlobt“, darstellt von er-lichen Wiener Künstlern. Dieses Programm be-schließen die Lustspiele „Auf amerikanische Art“ und „Der raufende Othello“.

Standesuch-Anzeige.

Geschicklichen. 15. Juli: Willi Hofeld von Sanat, Auditor in Altdorf, mit Elia Bana-sch von hier; Heinrich Stoll von hier, Former hier, mit Elia Dölander von hier; Otto Sutter von Gernsbach, Seiler hier, mit Julie Müller von hier; Emil Dauter von hier, Widemir, hier, mit Elie Bana-sch von Gernsbach. Todesfälle. 15. Juli: Erikus Liebsch, Chem., Landwirt, alt 66 Jahre. — 14. Juli: Julie Albrecht, ledig, Köchlin, alt 81 Jahre; Eduard Wagemann, Chemann, Privat, alt 82 Jahre; Karl Köhler, Che-mann, Eisen-Güterverwalter, alt 66 Jahre. — 15. Juli: Emil, alt 8 Jahre, Vater Adolf Traub Kaufm.; Antoinette Wülfinger, ledig, Privat, alt 59 Jahre. — Beerdigungen und Trauerfälle erwachsener Per-sonen. 15. Juli: Johannes Dammes, Musiker, Kaiserstr. 141. — 3 Uhr: Ludw. Schaudelweil, Kaufm., Melandthofstr. 3. — 1/2 Uhr: Julie Al-brecht, Privat, Bräunerstr. 4.

Letzte Nachrichten.

General Möhl über den militärischen Zusammenbruch.

(Drahtmeldung unseres Münchner Korrespond.) fr. München, 15. Juli. Der Oberkommandierende der bayerischen Truppen, General v. Möhl, tritt in einer Rundschreiben an die „Münchner Post“ den vielfachen Verlusten gegenüber, die Schuld am militärischen Zusammenbruch dem Gebrauche des Kron-prinzin bei Verdun, der falschen Beurteilung des Kampfeswertes der Amerikaner durch den Großen Generalstab sowie der Kerntruppen der Kampf-truppen an der Front auszuweisen. Besonders in letzterer Beziehung stellt General Möhl fest, daß wir mit diesen Truppen niemals die schmachvollen Waffenstillstandsbedingungen hätten annehmen brauchen, wenn nicht die Revolution dazwischen gekommen wäre.

Zum Tode verurteilt.

Dortmund, 15. Juli. Der 19 Jahre alte Beromann Josef Ritter aus Brambauer bei Dortmund, der am 12. April die sechs-köpfige Familie des Markentorleutnants Beutmann am Menade durch Bestände ermordet hatte, wurde gestern vom außerordentlichen Kriegsgericht sechsmal zum Tode verurteilt.

Die unerfülllichen Polen.

(Eigener Drahtbericht.) b. Breslau, 15. Juli. In Warschau wurde eine polnische Schiffbauindustrie ausgerufen mit der Aufgabe, in allen polnischen Häfen die Entwicklung der Wasserstraßen, der Dämen und der polnischen Schiffahrt zu unterstützen, damit Polen einen breiten Zugang zum Meere erhalten wird. Die letzten Vorkläufe der Entente werden in diesem Punkte als nicht befriedigend bezeichnet. Man will auch beibringt sein, den pol-nischen Einfluß über Danzig auszubreiten und will diesen Hafen Polen anliehen. Es wurde deshalb in der Gründungsversammlung der Liga eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß die Verarmelten dem unbescha-fenen Willen Ausdruck geben, die Forderung des polnischen Volkes auf Danzig zu unterstützen. Polen müsse Herr über die Weichsel und über den Danziger Hafen werden.

Hamburg, 15. Juli. (Wolff.) Der holländische Dampfer „Pars“, der vor dem Kriege regel-mäßig hier verkehrte, ist am Montag mit einer Ladung Stroh in den Hamburger Hafen eingetroffen, als erster Holländer, der nach Aufhebung der Weichsel ohne Kontrolle Hamburg angefahren hat.

Sport.

Fußball. Man schreibt uns: Die erste Mann-schaft des Karlsruher Fußballvereins spielte am vergangenen Sonntag gegen die Göttinger Stadtmannschaft. N. F. V. der für Grod und Schetter Erzieher eingestellt hatte, führte be-sonders in der zweiten Spielzeit ein schönes Spiel vor und blieb mit 3 : 1 Tore Sieger. Dadurch, daß Götting, der mehrtägige Internationale, der von Zürich zurückkehrte, in unserer heim. N. F. V. spielte, zeigte der Karlsruher Sturm gegenüber den bis-herigen Spielen eine wesentlich gesteigerte Dura-schlagkraft.

Vom Wetter.

Berichte und Beobachtungen des Zentralbüros für Meteorologie und Hydrographie.

Ein ziemlich tiefes Minimum ist von Nordwesten kommend bis in die Nordsee vorgedrungen und hat seinen Wirkungsbereich bis zum Fuß der Alpen herab ausgedehnt. Das Wetter ist infolgedessen meist trüb und kühl; vielfach haben einzelne härtere Regenfälle eingelegt. Der hohe Druck ist weit nach Südwesten zurückgewichen; unser Gebiet wird vorwiegend durch die Rückseite des Depressionsgebietes kommit. Voraussichtlich Witterung bis Mit-twoch, den 16. Juli, abends: ziemlich böige westliche bis nordwestliche Winde, zeitweise Regen-schauer, kühl.

Table with 7 columns: Orts-Zeit, Barom., Therm., Regen, Wind, etc. Rows include 14. Juli Hamm., 14. Juli Bdd., 15. Juli Wroch., and Rhein-Weiserstände, morgens 6 Uhr.

Sabot Kopfwasch-Pulver. Wöchentlich in Friedrichsbad Kaiserstraße 136 mißte Ihnen für Ihre Gesundheit, zur Gewohnh. werden. Ratten, Mäuse, Wanzen, Käfer etc. besorgen wir vollständig mittelst unseren noch nie versagten Spezialmitteln, selbst da, wo schon viele Mittel ohne Erfolg angewandt waren. Versicherung gegen Ungeziefer. Philippstraße 25 F. Höllstern, Markgrafstr. 52 p.

